

China konfisziert für ein hydroelektrisches Projekt tibetisches Ackerland in Muge

Bei einer weiteren Landnahme-Aktion haben die Lokalbehörden große Areale von Acker- und Grasland, das die Tibeter in der Gegend Muge im Bezirk Sungchu (chin. Songpan), TAP Ngaba, seit eh und je nutzen, konfisziert.

Wie das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie mitteilte, eigneten sich die Behörden das gesamte Ackerland der Nomadengemeinschaft Achu im unteren Teil von Muge im Namen eines Wasserkraft-Projekts zur Stromgewinnung an.



དམུ་དགོ་དགོན་འདབས་སུ་ཉེན་རྒྱུ་
ཁང་ལས་བཞུགས་པ།

Ebenso wurde Grasland der Nomaden von Achu, auf dem sie üblicherweise im Herbst ihre Herden grasen ließen, sowie Ackerland der benachbarten Siedlungen A-ngag und Agon zu „Entwicklungszwecken“ konfisziert, heißt es weiter bei TCHRD.

„Die chinesischen Behörden gaben den Ortsansässigen keine Erklärung für diese Enteignung in so großem Maßstab. Sie wurden weder vor, noch während oder nach der Durchführung des sogenannten Entwicklungsprojekts konsultiert. Sie bekamen kein Mitsprache- oder Mitwirkungsrecht bei der Erarbeitung von Plänen, die den Bedingungen vor Ort angemessen und förderlich wären.“ Auch der Sicherheitsapparat in der Gegend wurde im Rahmen der derzeit stattfindenden Erweiterung mit zusätzlichen Polizeistationen aufgestockt.

Foto: Bau der neuen Polizeistation

„Im Augenblick wird eine neue Polizeistation in der Nähe des Klosters Muge gebaut. Ursprünglich war geplant, dies auf dem Klostersgelände zu tun. Doch die Behörden ließen ihren Plan wieder fallen, als sie auf heftigen Widerstand seitens der Klosterleitung stießen“. Diese neue Polizeistation läßt die angespannte Lage und die Sorgen der in Muge wohnenden Tibeter noch viel mehr anwachsen.

Derzeit gibt es noch keine Informationen, ob es bei der Enteignung, besonders in der Gemeinschaft von Achu, die ihr gesamtes Ackerland einbüßte, auch zu Vertreibungen von Haushalten kam. Ebenso wenig weiß man, ob der Staat den geschädigten Familien eine Entschädigung anbot.

„Wie aus der Gegend verlautet, ist es für die Tibeter dort angesichts der zu erwartenden heftigen Reaktion der Offiziellen äußerst problematisch ihre Beschwerden frei vorzubringen“, heißt es beim TCHRD. „Diese legitimen Beschwerden in friedlicher Weise anzugehen, sollte im Hinblick auf echte Harmonie und Stabilität in Tibet für die Behörden unbedingt Priorität haben“.

Früher in diesem Jahr, im Januar, wurde ein Tibeter namens Gachoe festgenommen, weil er in der Gegend von Nangchen an einem öffentlichen Protest gegen die Enteignungspolitik der chinesischen Regierung teilgenommen hatte. Aus Protest gegen die Enteignung durch die chinesischen Behörden in Tibet kam es schon zu Massendemonstrationen und mindestens zwei Personen verbrannten sich.

Am 13. September 2012 setzte sich die 62jährige Passang Lhamo in Peking in Brand, um gegen die illegalen Enteignungs-Aktionen in ihrer Heimatregion Kyegudo zu protestieren. Sie kam in ein Krankenhaus, wo sie wegen „ernster Brandverletzungen“ behandelt werden mußte.

Passang Lhamo sah sich gezwungen, nach Peking zu fahren, nachdem die Lokalbehörden in Kyegudo im Zuge des Wiederaufbauprozesses nach dem verheerenden Erdbeben von 2010 ihr nicht erlauben wollten, im angestammten Haus ihrer Familie wohnen zu bleiben. Ihre wiederholten Bittgesuche an die Zentralregierung in Peking verhallten ohne konkrete Resultate.

Und am 27. Juni 2012 zündete sich Dickyi Choezom, Mutter zweier Kinder, während eines öffentlichen Protestes gegen die Regierungspolitik der Zwangsräumung und Enteignung in der Stadt Kyegudo an. Wie es heißt, wurde sie in ein Krankenhaus nach Siling gebracht, und seitdem fehlt jegliche Information darüber, wie es ihr geht oder wo sie sich aufhält.